Demokratisierung des Landes

Zum Entwurf eines preußischen Landwirtschaftskammergesetzes

Wenn sich in den zehn Jahren seit der Staatsumwälzung die demokratischen und sozialen Gedanken der Reichsverfassung von Weimar in unserm Volk praktisch noch nicht genügend durchgesetzt haben, so ist das vor allem auf die politische und soziale Rückständigkeit des flachen Landes im deutschen Osten zurückzuführen. Es bedarf keiner weitern Beweisführung, daß eine Verfassung leere Form und papiernes Gesetz bleibt, solange die psychologischen und sozialen Voraussetzungen, auf denen sie theoretisch aufbaut, nicht geschaffen sind.

Solange große Teile der deutschen Landbevölkerung weder die politischen Zusammenhänge zu erkennen vermögen, noch praktisch in der Lage sind, die ihnen verfassungsmäßig eingeräumten Rechte auszuüben, kann man von einer Verwirklichung der Demokratie im Osten nicht sprechen. Der Aufbau einer mit Republikanern besetzten Verwaltung kann hier gewiß manches, aber nicht alles schaffen: Die Demokratisierung des Landes muß vom Volke her aufgebaut werden. Sie muß in allen Schichten der Bevölkerung die geistigen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen schaffen und sorgfältig pflegen, die eine lebendige Verbindung zum neuen Staat herstellen können und die heute noch vielfach als Zwang empfundenen Beziehungen zu den republikanischen Verwaltungsbehörden zu einer freiwilligen und gern ausgeübten Einordnung in den demokratischen Verwaltungsapparat umgestalten.

Der preußische Staat hat sich in den letzten Jahren mehrfach bemüht, auf gesetzgeberischem Wege die Demokratisierung des Ostens organisch zu fördern. Es sei hier nur an die von der Staatsregierung mit besondrer Energie durchgeführte Auflösung der Gutsbezirke erinnert, die einem Teil der früher in den Gutsbezirken organisierten Landbevölkerung — über 100 Jahre nach dem Freiherrn vom Stein! — das Recht der Selbstverwaltung erkämpfte. Eine weitere Etappe auf diesem Weg ist der Entwurf eines preußischen Landwirtschaftskammergesetzes, der in diesen Tagen den Landtag beschäftigen wird.

Die Staatsregierung war nach der Revolution schon mehrfach bemüht, das preußische Landwirtschaftskammerrecht in einem dem modernen Staat angepaßten Geiste umzugestalten. So hat sich unter anderm schon die verfassunggebende Preußische Landesversammlung mit einem Entwurf beschäftigt, der das Wahlrecht zu den Kammern auf alle hauptberuflich in der Landwirtschaft tätigen Personen einschließlich der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ausdehnen sollte. Es gelang damals noch nicht, die Beteiligung der Arbeitnehmer gesetzlich zu verankern, jedoch wurde in dem Abänderungsgesetz vom 16. Dezember 1920 an Stelle der frühern Wahl der Kammermitglieder durch den Kreistag ein unmittelbares, geheimes und gleiches Wahlrecht geschaffen; dieses Wahlrecht ist auch nicht mehr wie in den alten feudalistisch organisierten Landwirtschaftskammern von einer bestimmten Besitzgröße abhängig, sondern erstreckt sich auf alle Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe. Damit war schon ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem vorrevolutionären Rechtszustand erzielt. In den spätern Jahren sind die Stimmen, die eine weitere Umgestaltung des Landwirtschaftskammerrechts verlangten, nicht zur Ruhe gekommen. So hat sich unter anderm schon im November 1922 der Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrates einmütig für die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ausgesprochen, ja sogar der Reichslandbund bekannte sich 1923 für die Berücksichtigung der Landarbeiter. Im Verfolg einer Entschließung des Preußischen Landtages aus dem Jahre 1927 hat dann die Staatsregierung nach einer umfassenden Rundfrage bei den Landwirtschaftskammern und Oberpräsidenten den jetzt zur Diskussion stehenden Entwurf vorgelegt.

Der Entwurf räumt den Arbeitnehmern, zu denen auch die im Betriebe mitarbeitenden Familienangehörigen sowie die landwirtschaftlichen Betriebsbeamten, wie Verwalter, Inspektoren und Förster, rechnen, ein Drittel sämtlicher Sitze ein. Damit sucht der Entwurf der Hauptforderung einer angemessenen Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Arbeitnehmerstandes an die Berufsvertretungen der Landwirtschaft gerecht zu werden; jedoch bedarf die praktische Handhabung dieser Berücksichtigung, soweit sie schon durch den Entwurf eine Regelung findet, in manchen Punkten der Umstellung und Abänderung. Vor allem scheint uns nicht tragbar zu sein, daß der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer und seine beiden Stellvertreter nach wie vor nach dem Prinzip des Mehrheitswahlrechts gewählt werden sollen. Das würde in den Provinzen, in denen der Großgrundbesitz überwiegt, praktisch bedeuten, daß eine von dem Großgrundbesitz geführte knappe Mehrheit, die auch wieder nur durch die Einbeziehung des Großbauerntums zustande kommt, bei der Wahl des Präsidiums die starke Minderheit der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer sowie der kleinen und mittlern Bauern terrorisiert. Wir erwarten daher, daß bei der Beratung des Entwurfs die entsprechenden Bestimmungen in dem Sinne abgeändert werden, daß für die Wahl des ganzen Präsidiums das Verhältniswahlrecht eingeführt wird.

Die „Deutsche Bauernschaft" und neben ihr vor allem die christlichnationalen Landarbeitergewerkschaften haben in ihren Organen den Entwurf trotz aller grundsätzlichen Zustimmung lebhaft kritisiert, ja sie sind so weit gegangen, daß sie, falls bestimmte Sonderwünsche nicht verwirklicht werden können, den ganzen Entwurf in der Versenkung verschwinden lassen möchten. Wir sind auch bei sorgfältiger Prüfung der vor allem von der „Deutschen Bauernschaft" ins Feld geführten Argumente nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß manche gewiß vorhandenen Mängel die Ablehnung des ganzen Entwurfs rechtfertigen könnten. Wenn z. B. von der Bauernschaft befürchtet wird, daß das Recht zur Bildung lokaler Unterausschüsse die Möglichkeit einer parteipolitischen Betätigung der Kammern erleichtern könnte, so kann man sich gewiß darüber freuen, daß hier von einer berufsständigen Organisation der deutschen Landwirtschaft so tapfer für die Entpolitisierung der Agrarpolitik gefochten wird. Aber wir glauben, daß derartige Gefahren durch die verstärkten Aufsichts- und Kontrollbefugnisse, die der Entwurf der Staatsregierung einräumt, hintan gehalten werden können.

Die christlichnationalen Gewerkschaften wiederum bekämpfen den Entwurf, weil ihnen die eben erwähnten verstärkten staatlichen Aufsichtsrechte nicht gefallen. Ob diese Auffassung, aus der die Christlich-Nationalen die Pflicht zur Ablehnung des Entwurfs für sich herleiten wollen, den Interessen der von ihnen vertretenen landwirtschaftlichen Arbeitnehmer entspricht, sei dahingestellt. Aber auf Grund illusionärer Vorstellungen, wie der Hoffnung auf eine baldige Verabschiedung des Reichsrahmengesetzes zur Ausführung des Artikels 165 der Reichsverfassung, in dem auch die Rechtsverhältnisse der preußischen Landwirtschaftskammer geregelt werden würden, kann unsers Erachtens eine Landarbeitergewerkschaft die Ablehnung des Entwurfs vor ihren Anhängern nicht verantworten. Wer den Gang der Gesetzgebung im Reiche kennt und bedenkt, daß der Reichstag in den nächsten Jahren eine Unzahl von vordringlich wichtigen Gesetzentwürfen zu verabschieden haben wird, wird nicht glauben können, daß dort in absehbarer Zeit die Möglichkeit zur Erledigung dieser Materie besteht.

Unter diesen Umständen haben alle politischen und wirtschaftlichen Gruppen, denen an einer baldigen durchgreifenden Demokratisierung des deutschen Ostens gelegen ist, die Pflicht, den von der preußischen Staatsregierung vorgelegten Entwurf mit allen Kräften zu fördern und ihm unbeschadet mancher berechtigten Kritik zur schleunigen Verabschiedung zu verhelfen.

Ernst Reichelt.

Kriegsgefangen in Sibirien

Von Leif Tomasschewski (Zinnowitz)

Rückblickend . . .

Es bedeutete immerhin ein Wagnis, bei der teilweise schikanösen Bewachung und Schnüffelei Erlebnisse während der sechsjährigen Gefangenschaft in Sibirien niederzulegen, wenn auch skizzenhaft, und sie — zu verstecken. Mehr als einmal fielen meine Aufzeichnungen und das Kartenmaterial in die Hände der mit entwaffnender Naivität ausgerüsteten Muschiks und flatterten, zerrissen, über die platzbreiten Straßen . . Die Rekonstruktion war bei dem wechselreichen Leben schwierig; das Bitterernste verblaßte unter der Zeit, das Heitere verdichtete sich zu schier unglaublicher Komik. Und so konnte es nicht ausbleiben, daß Dichtung und Wahrheit sich über fließenden Grenzen begegneten und in einer Distanz von einem Jahrzehnt den Schein des Rechts an sich tragen. Wenn sich auch darum humoristische Töne in die sauer umstrittenen Blätter schleichen oder ihren Inhalt bestimmen helfen, soll nicht unausgesprochen bleiben, daß die russische Gefangenschaft das trübste Kapitel im Leben eines Menschen ist, der seine Heimat liebt und — die schönsten Jahre in unfreiwilligem Aufenthalt in der Fremde dahinschwinden sah, ohne Zweck und Ziel. —

Man soll nicht nur auf die Sieger im Streite sehen; die Verwundeten erfüllen auch ihre Mission . . .

Ankunft in Moskau.

In Moskau trafen wir, die Mitkämpfer von Gumbinnen, schon am 25. August 1914, mittags, ein. Der Empfang am Bahnhof war denkbar freundlich und verbarg unter der Maske einer betörenden Hilfsbereitschaft die Freude über den billigen Erfolg in Ostpreußen. Man reichte uns Erfrischungen, begleitete unsre Tragbahren bis an die Straßenbahn und bemühte sich, zu versichern, in Rußland würde es uns nicht schlecht ergehen. Neugierige umsäumten die Straßen. Viele Frauen bestürmten die Posten, uns Früchte und Brot zureichen zu dürfen. Mitleid stand auf vielen Gesichtern; und als ich mit blutbedeckter Hose barhäuptig, ins Spital getragen wurde, legte ein altes Mütterchen still einen Apfel auf meine Bahre . . . Die Aerzte und Schwestern sprachen durchweg deutsch und benahmen sich gegen Freund und Feind gleich höflich und freundlich. Sie gestatteten uns auch, nach Hause zu schreiben und ließen täglich in den Nachmittagsstunden Besuch zu uns. Wir bedeuteten natürlich für ganz Moskau eine schlecht zu überbietende Sensation.

„Sind das die Germanskh?" —

„Ja". —

„Wo haben sie denn die Hörner?"

In Zeitungen hatte man nämlich recht gründlich auf unsre Stammesgeschichte hingewiesen und dabei die kleidsame Tracht der alten Germanen mit den Fellen nicht unterschlagen. Auch der hirnverbrannte Ausspruch des „obersten Heerführers" von dem Hunnenbeispiel, dem nachzueifern wäre, fand hin und wieder Anwendung, wenn Verluste der Russen nicht zu verschweigen waren. Und das kam bald. Der Tag von Tannenberg war auch in unserm Hospital zu spüren. Die freundlich-heiteren Mienen des Pflegepersonals verdüsterten sich. Man wurde stiller oder sprach auch ganz heimlich von der großen Niederlage. Die eingelieferte Zahl der russischen Verwundeten aus diesen Kämpfen vertrieb uns bald von dem sauberen Platz. Wir mußten umquartiert werden, lernten russische Vorsicht und Läuse kennen. . Alles wurde anders. Deutsche Internierte, die uns vorher besucht und beschenkt hatten, durften nicht mehr herein. Bewachende Kosaken mehrten sich; das Essen — Krautsuppe, Brot und Kascha (Buchweizengrütze) — wurde magerer. Die Halbgenesenen konnten sich fortmelden. Nach Sibirien. Schlimmer sollte es auch nicht sein; und lange dürfte die Gefangenschaft auch nicht dauern; denn die Deutschen waren ja bereits in — Wilna! Niemand wußte, woher die Nachricht kam; aber nirgendwo fand sie gläubigere Aufnahme als bei uns. Wir waren so losgelöst von dem Wirklichen und hingen fanatisch an jedem Brocken Hoffnung. Auch eine Psychose, aber eine lebenerhaltende. . .

Mit der Abwendung der Gedanken vom eignen Leiden kam der Galgenhumor, eine Form von zweifellos intellektueller Kraft zur Ueberwindung von Hindernissen.

Fahrt ins Ungewisse.

Die Fahrt ins Ungewisse führte im September 1914 durch Rußland: Samara, Ufu, Tscheljabinsk. Die bis Moskau beobachtete Menschenfreundlichkeit fast aller, mit denen wir in Berührung durch — Almosengeschenke — kamen, verlor sich, je weiter wir uns von Europa entfernten. Auch die Lebensbedingungen wurden primitiver. In Tjumen, nahe der Uralgrenze das unser nächster Aufenthalt wurde, herrschten schon durchaus asiatische Gewohnheiten, die im Grunde stets mit der Magenfrage zu tun haben. Elend durch Hungersnot, Raubüberfälle wegen Nahrungsorgen, persönliche Feindschaft aus Futterneid. Dieses Problem ist wandelbar, jedoch seine Urform bleibt dieselbe So lernten wir auch Hunger kennen. . Aepfel wurden häufig aus dem Straßenstaub geholt, rohe Kartoffeln aus der Küche entwendet. Man bestahl sich oder stritt sich vor den Gefängnistoren um die hereingereichten Brote. Das Gefühl für eine unter wesensfremden Voraussetzungen gebildeten Lebensgemeinschaft verlor unter diesen Umständen seinen kulturellen Zusammenhang und züchtete Herrenmoral und schlimmstes Faustrecht. Es legte aber auch den Grund für ein späteres Verständnis der russischen oder besser sibirischen Volksseele und damit auch den Grund für die Stellung des Kriegsgefangenen im fremden Volkskörper. .

Im allgemeinen waren wir durch ausländische Zeitungen und Zeitschriften gut über die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen orientiert. An Fluchtversuche war indessen nicht zu denken. Das Leben bekam nunmehr den Sinn des Vegetierens, in dem körperliche Arbeit (Straßenfegen usw.) einer Erlösung und Befreiung gleichkam.

Eine bessere Lebensschule als den Aufenthalt in Tjumen konnten wir uns — rückschauend — nicht denken; doch überkam uns alle — nur Polen und Tschechen blieben zurück — eine wilde Freude bei der Nachricht vom Abtransport ins Innere. Es war Oktober geworden.

Nach Sibirien!

Eine Reise durch Sibirien im harten Winter 1914/15, bei einer Belegschaft von über 40 Mann im Viehwagen, gehört zu den schlimmsten Erinnerungen. Mangelhafte Verpflegung und Ungeziefer, herzlose Behandlung durch skrupellose Transportführer, die, um Kostgeld für 1500 Gefangene zu sparen, zum warmen Essen oft nur mitternachts halten ließen, trieben viele von uns zur Selbsthilfe. Man riß den Chinesen an den Bahnhöfen die Ware aus den Körben und verschwand damit. Ging das Holz für den eisernen Ofen im Wagen zur Neige, suchten wir uns auf größeren Haltestellen an den aufgespeicherten Vorräten in den Tendern der Lokomotiven schadlos zu halten. Abgefrorene Hände und Füße konnten bei dem völligen Mangel an Arzeneimitteln natürlich nicht behandelt werden; Unglücksfälle bei den häufigen Eisenbahnzusammenstößen befreiten ungezählte Kameraden von ihren Leiden. Namenlose Gräber bezeichneten den Zug der Deportierten und machte stumpf und gleichgültig. Nur wenn wir Kriegstransporte trafen, lebten die Geister wieder auf. Vielen Russen schrieben wir auf ihren Wunsch Empfehlungsschreiben, mit denen sie müheloser in deutsche Gefangenschaft zu kommen und dort humaner Behandlung sicher zu sein hofften. Als Gegenleistung gab man uns Zucker, Brot, Honig. Dem einfachen, autoritätsbefangenen Russengemüt kamen wir bald auf die Spur. Maskeraden mit selbstfabrizierten Orden und Phantisieuniformen erregten das gewünschte Interesse und verschafften uns manche Vorteile. Nicht zuletzt half dabei auch ein schnell gelerntes, selbstsicheres Auftreten mit Kommandoton. Völlig unterwürfig aber wurden die Muschiks, wenn man ihnen durch Papier und Bleistift imponieren konnte. Vor Büchern und Schriftwerk hatten sie fast alle staunenden Respekt. Man wird deshalb verstehen können, daß diese Position ausgenutzt werden mußte. Wir fertigten uns Durchlaß-Ausweise, Pässe, Lagergeld. Wir eroberten uns die halbwegs normalen Lebensgewohnheiten durch Ueberwindung der Nahrungssorgen langsam zurück.

Lagerleben.

Spaskoje, ein kleines Dorf nördlich von Wladiwostok, beherbergte uns von 1914—1918: 8000 kriegsgefangene Deutsche, Oesterreicher, Ungarn und Türken. Hinter Zaun und Drahtsperre! Mit selbstgeformter Kultur. Vier Jahre. Unter einem Maitage 1915 verzeichnet mein Tagebuch den Besuch der deutschen Schwester, Gräfin von Waldsleben, die jedem Deutschen einen Rubel schenkte. Ein Vermögen für die damaligen Verhältnisse, wo ein Pfund Fleisch 7 Kopeken kostete. Wichtiger war mir jedoch der um diese Zeit begonnene Unterricht von einem Dutzend türkischer Analphabeten in deutscher Sprache. Ohne Anwendung der schon in utraquistischen Schulverhältnissen der Heimat geübten Methode wäre es mir kaum gelungen, die Orientalen in etwa drei Jahren so zu fördern, daß sie perfekt lesen und schreiben konnten und als Dolmetscher bei Konsulaten und in Krankenhäusern Verwendung und angenehme Stellung fanden. Nur Jakub, der aus Aleppo stammende Osmanli, radebrechte, weil er nur unregelmäßig zu den täglichen Uebungsstunden kam. Er bezeichnete sich stets in schöner Selbstgefälligkeit als „schön Mann, süß Mann, Weintraubmann", der „Deutschlandfräulein" zu gern auf der Stelle geheiratet hätte . . . Hier blickt ein Problem durch meine Aufzeichnungen, das die Abgeschlossenheit im Lager zu einer unnatürlichen Lebenshaltung für viele werden ließ.

Wer keine Arbeit hatte — unvernünftigerweise beschäftigte man nur gelernte Arbeiter — suchte die Langeweile durch Schachspiel, unfruchtbares Debattieren über die politische Lage, Schlaf und zermürbende Gedanken an die Möglichkeit einer baldigen Heimkehr zu bannen. Oder man las die erhaltene Post zum soundsovielten Male durch, oder träumte von Paketen und — Freiheit. Die chinesische Grenze war nur etwa 40 Kilometer von Spaskoje entfernt, aber ihre Erreichung gestaltete sich sehr schwer.

(Schluß folgt.)

Ernst Abbe

Zweimal im vergangenen Jahrhundert — um 1800 und um 1900 — gingen von Thüringen Kräfte aus, die weit über ihren engern Entstehungsbezirk hinauswirkten. Um 1800 stand Weimar im Vordergrund, Weimar mit Goethe; gleichzeitig schufen von Jena aus Schiller und Herder, Fichte und Humboldt mit am Aufbau der deutschen Bildungswelt. Rund hundert Jahre später lebt in Ernst Abbe, dem Begründer der Karl-Zeiß-Stiftung in Jena, der freiheitliche und weite „Geist von Weimar" wieder auf. Es ist so eine Sache mit diesem „Geist von Weimar". Um alle möglichen Absichten zu decken, muß er herhalten — und wir selbst zitieren ihn gewissermaßen nur als Antwort auf das Bekenntnis zu dem „alten wahren klassischen Geist von Weimar", das der Volksbildungsminister Frick beim Antritt seiner Tätigkeit in Thüringen abgelegt hat. Was Frick unter der Flagge des Geistes, des Geistes von Weimar, bisher getan hat, ist schon zur Genüge durch die Tagespresse beleuchtet worden. In diesem Aufsatz sei nur an dies eine besonders erinnert: an die Streichung der Zuschüsse für die Volkshochschule in Thüringen. In einem Aufruf des Vorstands dieses Instituts heißt es: „Die Volkshochschule Thüringen hat durch mehr als zehn schwere Jahre die Förderung von 34 städtischen Volkshochschulen und einer großen Anzahl dörflicher Arbeitsstätten zu ihrer Aufgabe gemacht. Sie hat das in ganz Deutschland und weit darüber hinaus als mustergültig bekannte Volkshochschulheim Dreißigacker gegründet und getragen. Jena ist Ausgangspunkt und Sitz der vom Reich anerkannten Organisation des gesamtdeutschen Volkshochschulwesens." Durch zehn Jahre Arbeit will der Bildungsminister einen dicken Strich machen, und das im Namen des „alten wahren klassischen" Geistes von Weimar!

Ernst Abbe hat nie von diesem Geiste gesprochen; er hatte ihn. Nicht zuletzt seiner Initiative war es zu verdanken, daß Jena der Ausgangspunkt der zusammengefaßten deutschen Volkshochschulbewegung werden konnte; die Einrichtung von Volkshochschulkursen war eine der beiden Bedingungen, unter der die thüringische Landesuniversität in Jena aus Mitteln der Karl-Zeiß-Stiftung unterstützt wurde.

Wer Abbe war? Proletarierkind; ein vermögender Fabrikant ermöglicht die Ausbildung auf der Schule, Stipendien das Studium auf der Universität. In Jena wird Abbe Professor. Die Zusammenarbeit mit dem einfachen Mechaniker Karl Zeiß in Jena regte Abbes Versuche und Ueberlegungen an, die zur Erfindung der theoretisch einwandfreien Linse führen. Durch diese Erfindung wächst die kleine Werkstätte von Zeiß; Abbe tritt als Teilhaber in die Firma ein, findet immer neue Verbesserungen, zieht Otto Schott, der die richtige Glasmasse lieferte, nach Jena — aus dem ursprünglich bescheidenen Unternehmen wurde das Zeiß-Werk. Und neben dem Gelehrten Abbe wuchs der Mensch, der sozial und demokratisch gesinnte Ernst Abbe.

Schon als Student und junger Privatdozent verfolgte Abbe die Diskussion politischer und sozialer Zeitfragen mit Interesse. Als Bebel 1869 im Engelsaal in Jena sprach, war er unter seinen Hörern. Bebels Vortrag machte Abbe hellsichtig; öffnete ihm erst recht die Augen über die Lage des weitaus größten Teils der Volksgenossen. Mit Bebel und Singer blieb Abbe sein Leben lang freundschaftlich verbunden; nahm beide in sein Haus auf, als sie von der Regierung aus Sachsen ausgewiesen wurden. Im Jahr 1897 unterzeichnete er einen Wahlaufruf der Sozialdemokratischen Partei — ohne jedoch selbst Mitglied der Organisation zu sein. Wo es galt, dem mit Füßen getretenen oder auch nur bedrohten Recht beizustehen, war Abbe zur Stelle. Da es den Sozialisten fast unmöglich war, Lokale zu Versammlungszwecken zu bekommen, mietete Abbe persönlich Räume und stellte sie der Partei zur Verfügung. Aus der gleichen Gesinnung, jeder Richtung die Freiheit der Meinungsäußerung zu garantieren, ließ er in den Jahren 1901 bis 1902 das Volkshaus bauen. Hier lagen im geräumigen Lesesaal, trotz aller Anfeindungen, die sich gegen Abbe erhoben, sozialistische Zeitungen neben denen andrer Schattierungen; für die angegliederte Bibliothek war nicht der Verfasser, sondern nur die Qualität des Inhalts bei der Anschaffung maßgebend. Weiter faßte der große Bau zwei Säle für Vorträge, Konzerte und Feiern, einen Raum für wechselnde Kunstausstellungen und Ateliers, die Künstlern und Photographen zur Verfügung standen. Noch viel mehr vereinigt das Volkshaus in seinen Mauern; die kurze Aufzählung genügt aber schon, um zu zeigen, in welch großzügiger und liberaler Weise Abbe den Rahmen schuf, in dem sich der kulturelle Aufbau auf allen Lebensgebieten vollziehen sollte. Ohne Zwang und ohne Rücksicht auf ein staatlicherseits gutgeheißenes Bildungsideal. Der Zugang zu den Bildungsmitteln und deren Auswertung sollte jedem frei und offen sein. „. . . diejenigen, welche der Sozialdemokratie gegenüber mit Vorliebe die „idealen Güter" ausspielen, sollen besonders bedenken, daß es für jeden, auch für den Arbeiter, eins von den idealsten Gütern ist: sich nicht als Knecht eines andern fühlen zu müssen." Das ist ein Satz von Abbe, und in diesem Geist ist sein Werk entstanden.

Im Jahre 1889 errichtete er die Karl-Zeiß-Stiftung als unabhängige, juristische Person. Bis auf den Pflichtteil für seine Familie sollte sein ganzes Vermögen auf die Stiftung übergehen. Neben andern, von Abbe beabsichtigten Wirkungen, die das Stiftungsstatut hatte, schützte es den Arbeiter vor kapitalistischer Ausbeutung. Abbe regelte die Arbeitszeit. 1900 führte er zum erstenmal den Achtstundentag ein. Der Arbeitslohr wurde genau festgesetzt, wobei auch an die Bezahlung der Mehrarbeit in Form von Ueberstunden gedacht wurde, und zwar in der Weise, daß die Mehrarbeit „für den Unternehmer zu einem ersichtlich schlechten Geschäft" wird. Nach bestimmter Zeit ist der Arbeiter pensionsberechtigt. Wer länger als drei Jahr im Hause Zeiß gearbeitet hat, darf nicht ohne weiteres hinaus „rationalisiert" werden, sondern ist im Falle der Kündigung abfindungsberechtigt. Zu diesem Punkte sagt Abbe: „Ich will in der Tat unter scharfe Repression gestellt haben, daß meine Nachfolger jemals sich mitschuldig machen könnten des volkzerstörenden Unfugs, den die Großindustrie darin noch treiben darf, daß sie, um immer mehr Geschäfte zu machen, ohne Rücksicht auf die Folgen für andre, beliebig viele von sonstigen Arbeitsgebieten abzieht und von ihren Unternehmungen abhängig werden läßt, ohne jenen irgendeine Gewähr für ein dauerndes Unterkommen bieten zu können und ohne auch nur die Verpflichtung anzuerkennen, im ungünstigen Falle zur Erlangung andern Fortkommens selbst mithelfen zu müssen." Wesentlich ist bei allem, daß Abbe sich nie als Wohltäter seiner Arbeiter, der Universität oder der Stadt Jena fühlte, sondern, daß er sich zu seiner Handlungsweise verpflichtet fühlte, daß er Anspruch und Recht seiner Mitarbeiter an das Werk anerkannte. Darum wollte er nicht ihren Dank.

Die Werkgemeinschaft dankte Abbe. Er starb im Januar 1905; es sind gerade fünfundzwanzig Jahre seit seinem Tode vergangen. Auf dem Karl-Zeiß-Platz, im Winkel zwischen dem Volkshaus und den Fabrikgebäuden, wurde Abbes Denkmal errichtet, für das die Mittel durch Sammlungen, besonders von der Belegschaft des Zeiß-Werks, aufgebracht wurden. Ein Denkmal, das noch heute, allen kulturreaktionären Gewalten zum Trotz, anschaulich sagt, welcher Geist Abbe und den Jenaer Kreis belebte. Drei Künstler fanden sich an dem Werk zusammen: der Deutsche Max Klinger, der Abbes Büste schuf, und die Belgier Meunier und van de Velde. Das Gegenteil von engstirnigem Nationalismus ist hier symbolisiert, es ist das friedliche Zusammenschaffen verschiedener Nationen am gemeinsamen Werke bezeichnet, das Zusammenarbeiten, das sich auch dem industriellen Arbeitsprozeß vergleichen läßt. Bei der Auswahl der Künstler in diesem übernationalen Sinne wirkten einige Universitätsprofessoren mit, die schon vorher den Schweizer Hodler herangezogen hatten für das bekannte Bild in der Universität, das den Auszug der Jenaer Studenten im Jahr 1813 darstellt. Allein die Frage: wer ist zur Bewältigung dieser Aufgabe am besten geeignet? war damals in Jena (und auch in Weimar, wo van de Velde Direktor der Bauhochschule war!) ausschlaggebend. Man entschied nicht nach der Nationalität, sondern nach der Qualität; was allgemeine Selbstverständlichkeit sein sollte, muß nachträglich geradezu als Zeichen freien Geistes hervorgehoben werden, eines Geistes, der in Jena guten Boden fand, weil durch Abbe der Sinn für Freiheit und Toleranz in geistigen Dingen geschärft war.

Van de Velde schuf die achteckige Halle, in deren Mitte auf einem Sockel die Abbe-Büste Klingers steht. Die Innenwände nehmen Meuniers Bronzereliefs der Arbeit auf, Darstellungen, die den Arbeiter auf dem Acker und im Bergwerk unter der Erde, im Dienste der Industrie und des Handels zeigen. Felix Auerbach, der Biograph Abbes, schreibt von diesen Reliefs: „Wiederholt war dieses Hauptwerk Meuniers dem belgischen Staat angeboten, und es war auch ein Platz in Brüssel zu seiner Darstellung ausersehen worden, immer aber scheiterte die Sache an irgendeiner Schwierigkeit, hauptsächlich wohl an der Abneigung der kapitalistisch-klerikalen Regierung und der Kammermehrheit gegen das angeblich die proletarische Klasse verherrlichende Monument." Auch von der inhaltlichen Seite her ist es erstaunlich, mit wieviel freiem Takt die Jenaer Denkmalskommission die durchaus realistische Wiedergabe des Arbeiterlebens entgegennahm; und auch die Aufsichtsbehörde, Jena war ja weimarisches Gebiet! Freiheitlicher, fortschrittlicher Geist herrschte damals in Thüringen, der „alte, wahre, klassische Geist von Weimar", dem Abbe fruchtbaren Boden bereitet hatte. Hier wuchs die Volkshochschulbewegung, wurde echte Kunst mit Verständnis gefördert. Hier folgte auf van de Velde ein Walter Gropius und machte das damalige Weimarer Bauhaus zu der Kunstschule, auf die die Welt mit Achtung sah.

Welcher Geist wird siegen? Der von Weimar und Jena oder der von Dr. Frick?

F. T.

Scherenschnitt von Georg Hempel

Die Reisigstraße

Als der Vormarsch in den schwarzen Forsten
steckte, brachte dies uns keine Rast;
denn die Straßen waren tief geborsten
unter ungewohnter Wagenlast.
Und der Nachschub, den die Truppen vorne
dringend heischten, ließ nicht Zeit genug,
einen Unterbau durch das verworrne
Bett zu legen, der Geschütze trug.

Und mit unsern breiten Messern hackten
wir der Tannen zähes Reisig klein
und vermischten es mit Kies und packten
es in den geborstnen Fahrdamm ein.
Wo am andern Tag des Wassers Flecke,
das zum Binden zugesetzt war, flohn,
aus dem Mengsel, war die Straßendecke
grau und hart und tragfest wie Beton.

Und durch keine Pause unterbrochen,
reihte sich zu Abend Fuhr' an Fuhr'
auf der Straße, die Haubitzen krochen
ihre Steigung ohne Räderspur.
Und wir lagen auf dem Grund, dem harten,
übermüde wach die ganze Nacht;
und das Reisig roch, die Räder knarrten,
und die Wipfel rauschten schwarz und sacht.

Theodor Kramer

Reichsbanner-Beobachter

Frick maßregelt.

Der Gauvorsitzende des Thüringer Reichsbanners, Kamerad Seele (Weimar), wurde mit Wirkung vom 1. Juli ab in den Wartestand versetzt. Dieser Abbau erfolgte auf Grund jenes thüringischen Abbaugesetzes, das kurz vor dieser Maßreglung durch den Staatsgerichtshof als verfassungswidrig erklärt wurde.

Herr Frick, der sich während des Krieges in Pirmasens wohler als an der Front gefühlt hat, entfernte mit dieser Maßnahme einen Beamten, der noch heute 50 Prozent kriegsbeschädigt ist. —

*

Reaktion.

Die Deutsche Volkspartei hat wieder einmal ihren Zentralvorstand beieinander gehabt. Daß sie jeden Zuschlag zur Einkommensteuer ablehnt, fällt einem schon gar nicht mehr auf. Daß sie den Reichsetat durch Beseitigung der Zuschußpflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung in Ordnung bringen will, wundert einen nicht. Darüber hinaus hat sie eine Entschließung angenommen, daß die Versuche zum Zusammenschluß der Mitte wieder aufgenommen werden sollen.

Nun kann man durchaus der Meinung sein, daß wir in Deutschland zuviel Parteien haben. Aber dem Parteiproblem mit dem Rechenstift zu Leibe gehen zu wollen, anstatt durch eine geistige Klärung die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß zusammenkommen kann, was zusammengehört, muß allerdings einem Außenstehenden als der Gipfelpunkt von politischem Dilettantismus erscheinen. —